



200 Millionen Frauen von Genitalverstümmelung betroffen

1. Februar 2018, 13:20

292 POSTINGS



foto: apa/afp/carl de souza

Instrumente in einem OP-Saal in Kenia für einen Eingriff, der die Folgen von FGM reduzieren soll.



Mehr als die Hälfte der Opfer lebt in Indonesien, Ägypten und Äthiopien. SPÖ-Abgeordnete Bayr fordert mehr Aufklärung und Finanzierung in Österreich

Wien – Mindestens 200 Millionen Frauen und Mädchen sind Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Daran erinnerten Unicef und die Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung (Stop FGM) anlässlich des Nulltoleranztags gegenüber Genitalverstümmelung am Donnerstag. Stop-FGM-Sprecherin und SPÖ-Mandatarin Petra Bayr forderte dabei mehr Aufklärung und finanzielle Unterstützung.

Die Dunkelziffer der Opfer liegt nach Einschätzung der Organisationen weitaus höher. Denn die jüngsten Daten stammen aus dem Jahr 2016 und beinhalten nur 30 Länder – 27 in Nord- und Zentralafrika sowie den Irak, Jemen und Indonesien. Mehr als die Hälfte der 200 Millionen Opfer leben demnach in nur drei Ländern: Indonesien, Ägypten und Äthiopien.

Praxis durchzieht alle Schichten

Es gebe aber viele Hinweise, etwa durch Einzelberichte oder kleinere Studien, dass in Ländern wie Kolumbien und Saudi-Arabien ebenfalls weibliche Genitalverstümmelung stattfindet, sagt Corinna Geissler von Unicef. Die Praxis sei auch an keiner bestimmten Bevölkerungsgruppe festzumachen, sondern durchziehe alle sozialen Schichten.

Auch in Europa, Nordamerika und Australien leben aufgrund der Migrationsbewegungen Opfer weiblicher Genitalverstümmelung. Für Österreich gibt es laut Bayr aber ebenfalls keine zuverlässigen Daten. Öfters werde eine Zahl von 6.000 Opfern genannt, diese ist allerdings lediglich von Erhebungen in Deutschland heruntergerechnet.

Aufklärung fehlt

Bayr fordert unter Verweis auf den Grevio-Bericht, einen vom Europarat eingerichteten Überprüfungsmechanismus, die Umsetzung mehrerer Maßnahmen in Österreich. Hierzulande gebe es "objektiv gesehen eine sehr gute Gesetzeslage", so Bayr. Allerdings fehle vor allem die Aufklärung der Opfer als auch des medizinischen, pädagogischen und sozialen Personals.

Betroffene Mädchen – viele von ihnen erst im Kindergarten- oder Volksschulalter – würden "nicht auf die Idee kommen, in Opferschutzeinrichtungen zu gehen", da brauche es etwa mit

dem Thema vertraute Kinderpädagoginnen, so Bayr. Sie fordert deshalb mehr finanzielle Unterstützung etwa für Weiterbildung und entsprechende Anlaufstellen. (APA, red, 1.2.2018)



Qualität im Einstieg. Qualität im Aufstieg.

Alle Stellenangebote auf [derStandard.at/Karriere](https://derstandard.at/Karriere).

© STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H. 2018

Alle Rechte vorbehalten. Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf.

Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.

.